

Kommunisten abgibt, fand bei geringen 3 Stimmenabstimmungen klärende Zustimmung.

Wie der politische Kriegszeitraum von Radeberg ein bedeutendes Ereignis für die Gesamtheit der ländlichen Arbeiterschaft ist und zur Nachahmung herausfordert, so wichtig ist die Diskussion über die Frage der revolutionären Einheit im Kampf gegen Faschismus.

Die politische Entschließung

Die Kommunistische Partei erklärt zu den Aussagen beim politischen Kriegszeitraum und bei der Kundgebung auf dem Markt am Montag dem 26. 1. folgendes:

Nicht und mehr erkennen die Massen der arbeitenden Bevölkerung die zwingende Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus. Es bildet sich die Einheitsfront. Auch in Radeberg haben sich in den letzten Tagen kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf zusammengefunden. Eine solche einheitliche Front muß aber mit allen Konsequenzen gegen den Faschismus und auch gegen eine Hölzerne Front machen. Nur dann hat sie einen wirklichen Wert.

Die Kommunisten machen die Arbeiterschaft Radebergs darauf aufmerksam, daß die bestehende sogenannte antifaschistische Kartei in Radeberg nicht als unfehlig gezeigt hat, den Kampf wirklich zu führen.

Die im Kartell agierenden SPD-Funktionäre, die Angehörigen der sogenannten Bondlergruppe unternehmen nichts, um den Kampfwillen der Arbeiterschaft zu stärken, den Einfluß des Kartells auszubauen, die Schicht der unorganisierten Arbeiter zu erlösen und die Schichten des werktätigen Mittelstandes in die gemeinsame Front einzubeziehen.

Unfall-Ermittlung des Einflusses, Verstärkung der Kampfmöglichkeiten, gehen die SPD-Funktionäre jetzt schon dazu über, den Kampfwillen zu drosseln.

Sie werden sich gegen die Streikbewegungen, gegen den wehrhaften Massenkampf und verschließen, die Vertreter der einzigen revolutionären Partei, der KPD, am Auftreten zu verhindern. So wollte Fabian den Referenten der KPD in der Kundgebung am Montag dem 26. 1. nicht sprechen lassen. Weiter verlangte er von diesem Referenten, daß er die verräderische Haltung der SPD-Führer nicht aufzeigen dürfe. Als der Referent alle Motive des Faschismus aufzeigte und auch darauf hinwies, daß der Staatapparat und die SPD-Führer den Faschismus unterstützen, verabschiedete der Reichsbannerführer Schoar und Fabian, den Redner der KPD vom Platz zu werfen.

Schoar forderte in dieser Kundgebung auf, den Faschismus nur mit gefüllten Waffen zu bekämpfen. Eine solche Aufforderung bedeutet, die Wehrhaftigkeit des Proletariats verhindern und die Massen dem Mordterror der Braunhemden ausliefern.

Fabian unterlädt den Arbeitern Radebergs gegen die Hungerregierung Brünning. V. Brückner verteidigte ausdrücklich die Polizei.

Dies heißt, die Regierung der Durchführung des Faschismus zu unterstützen, den Kampf gegen den Faschismus drosseln.

Mit solchen Vertretern im Kartell, die von dem Bondler-Kartell eine vollständig unerkannt und unterstützt werden, werden die Arbeiter nur in neue Kieber-Lagen geführt.

Die Kommunisten würden sich eines Verbrechens an der Arbeiterschaft schuldig machen, wenn sie hierzu schwören und ihren Klassengenossen nicht aufrufen würden, welchen Zweck die Fabian, Schoar und Co. verfolgen.

Dieses Kartell ist kein Kampfkartell gegen den Faschismus, sondern ein Bunt von Spaltenorganisationen einer Nazi-Organisation, die von den Fabian und Schoar gebildet wurde, um den wachsenden Kampfeswillen der Arbeiter aufzufangen.

und die Arbeiterschaft weiterhin unter dem Einfluß der Kapitalistopolitik der SPD zu halten.

Die KPD, die eine wirkliche Einheitsfront aller Werktätigen gegen den Faschismus erstrebt, die als einzige Partei den Kampf gegen den Faschismus konsequent führt, steht diesem Kartell mit dem schärfsten Mißtrauen gegenüber. Sie warnt die Arbeiter davon, den Helfern der Brünning-Regierung Vertrauen zu schenken. Sie erklärt den Arbeitern:

Mit einem Fabian an der Spitze, der Mitglied einer Partei ist, der die Politik einer Partei vertreibt, von deren Führern er in einer Betriebsversammlung des Sachsenwerkes erklärte, daß „verkappte Faschisten“ seien, kann man keinen Kampf gegen den Faschismus führen.

Die Arbeiterschaft muß sich deshalb die Garantien für die wirkliche Durchführung dieses Kampfes schaffen. Das erfordert vor allen Dingen:

leitere Fundamentierung des Kartells in den Betrieben, Aufstellung eines Kampfprogramms ohne Verschiebung und Betrugsmööglichkeiten.

Die kommunistischen Vertreter erheben deshalb im Interesse der Arbeiter folgende Forderungen:

1. a) Wahl von Vertretern der Arbeiter zum Kartell in Betriebsversammlungen,
- b) Wahl von Vertretern in Stadtteilversammlungen, in Hausmeisterversammlungen, in Versammlungen der Gewerkschaften und der Kleinbetriebsbetreibenden.
- c) Angabezung von Vertretern der partizipativen und unorganisierten Arbeiter in einer den Verhältnissen entsprechenden Zahl.
2. Wahl einer neuen Zeitung des Kartells und reaktionären Arbeitern aller Richtungen, oppositionellen Sozialdemokraten, Kartellisten und Kommunisten.
3. Verarbeitung eines politischen Maßnahmenkreises aller Betriebe zur Entfernung der Faschisten aus den Betrieben.
4. Stärkste Kampfführung gegen das Hörßing-Kampfprogramm gegen revolutionäre Arbeiter.
5. Zusammenfach aller revolutionären Kampfformationen im Kampfbund gegen den Faschismus — Übergang des Reichsbanners in bezüglich seiner Ausbildung von Schatz.
6. Fortführung des Kampfbundes gegen den Faschismus unter Führung revolutionäre Arbeiter.
7. Stärkste Kampfführung gegen die faulich-faschistische Hungerregierung Brünning — Sicherstellung des politischen Maßnahmenkreises gegen die Hungerregierung.
8. Stärkste Kampfführung gegen den Faschismus und Organisierung des politischen Maßnahmenkreises gegen den Hitlerkult.
9. Organisierung des Maßnahmenkreises Winterhilfe und Wehrbeauftragungsprogramm für die Gewerkschaften.
10. Maßnahmen gegen den Gewerkschaftsaußenrand, sowie Söhne- und Gehalterausland der Arbeiter, Angestellten, Dienstleistern und Kleinbetriebsbetreibenden.
11. Kampfformationen gegen die in der KPD-Spitze prahlende Sorge um die Sicherstellung des Maßnahmenkreises und die Sicherstellung der sozialdemokratischen Arbeiter, die dort mit den Nazis gleichgestellt werden.
12. Organisierung des sozialdemokratischen Maßnahmenkreises gegen den Faschismus. Mitte: Abwehr und Gegenwehr gegen den fasschistischen Terror, bei gleichzeitiger Sicherstellung der Gewerkschaften und Dienstleistern gegen die reaktionäre Nationalsozialistische Demagogie.

Schaumburg raubt das Eigentum der hallischen Arbeiterschaft

Sozialfaschisten zertrümmern URW-Halle

Drohten, rechnet ab mit den faschistischen SPD-Führern, die eure Betriebe zerstören und euch ausplündern wollen!

Halle, 26. Januar.

Der Allgemeine Konsumverein Halle u. Umg. war heute gezwungen, wegen Zahlungsschulden seine Räume zu verkaufen. Die Ursache dieser Maßnahme war die Forderung des URW am sofortigen Ausschlag der erst am 21. März 1931 fälligen Sparguthaben von 400 000 Mark, zu deren Einziehung die URW Zwangsauslösung erfuhr, während gleichzeitig die von Sozialdemokraten geleitete Kreispartei des Kreisbezirks, die Südl. Werke und die Allgemeine Dienstleistungsfirma die sofortige Einziehung aller Rückstände unternommen haben. Wie aus die Verwaltung des URW Halle mitteilte, wird sie zur Abwendung des von den Sozialfaschisten betriebenen Konkurses einen Vergleichsvertrag unterbreiten.

Den Sämlingen der kapitalistischen Krise hat die kommunistische Verwaltung des URW Halle alles Menschenmögliche versucht, um das von den Renegaten heruntergewirtschaftete Unternehmen der hallischen Arbeiterschaft zu erhalten und zu einer wirtschaftlichen Kampfposition der lämpidigen Arbeiterschaft zu machen, wie es im Mansfeld-Kreis in beispielgebender Weise gelang.

So unglücklich schwierig die Führung des Konsums angesichts der allgemeinen Krise, die sich natürlich auch im Geschäftsgang eines Arbeitunternehmens auswirken mußte, war — so wäre gescheit gewesen, wenn nicht die Sozialfaschisten alle ihre Kräfte darauf konzentriert hätten.

den roten Konsum, den sie nicht erobern konnten, dessen Mitglieder sich voll Verachtung von ihnen abwenden, mit den schädlichen Mitteln zu zerstören.

Das Programm dieser Zerstörungsaktion hat Herr Schaumburg, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, in der ersten Verwaltungssitzung nach Amtseintritt der kommunistischen Zeitung erwidert, indem er erklärte:

„Wir werden den Kampf gegen die Kommunisten im Allgemeinen Konsumverein Halle mit allen zu Gebote stehenden Mitteln führen, und wenn vom URW auch nur ein Trümmerhaufen übrig bleiben sollte.“

Diesem Grundsatz gemäß haben die Sozialfaschisten gehandelt. In jedem privatkapitalistischen Betrieb sind sie für Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter, verluden sie mit allen Mitteln, dem Kapitalismus über die Kräfte weg zu holen. Im URW Halle war ihre ganze Tätigkeit darauf gerichtet, die Kräfte zu verschärfen und dem Arbeitunternehmen ihre Überwindung unmöglich zu machen. Jede Rationalisierungsmaßnahme, jeder Schritt zur besseren Ausnutzung des von den Renegaten viel zu breit ausgedehnten Kapitals wurde in der wildesten Weise bekämpft. Die süßigen Mitteln des Kon-

sums wurden mit allen Mitteln abgezogen; am Ende der Renovationsperiode durch Überweisung der zur Deckung der Sparguthaben bestimmten 400 000 Mark an die KEG — und später, als die Sozialfaschisten in der Verwaltung nichts mehr zu mehren hatten, durch den Aufruf zur Massenabhebung aller Sparguthaben und zum Rückzug.

Als sie vor der Mitgliedschaft völlig erledigt waren und jede Hoffnung auf Erdeitung der Freiheit im Konsum aufzugeben mußten, gaben die Sozialfaschisten ihren politischen Bannrott zu durch die Parole des Massenaustritts, der auch nicht der zehnte Teil der Mitglieder folgte, und mit der Neugründung eines eigenen Ladens, zu dem sie selbst von ihren Anhängern nur eine kleine Minderheit gewinnen konnten.

Nun, nachdem das alles mißlungen, nochdem alle politischen Maßnahmen versagt haben, haben die Sozialfaschisten zur einfachen mechanischen Erfüllung des Arbeiterskonsums gegriffen, so wie die Faschisten in Italien die roten Genossenschaften mit Petroleum übergossen und niedergeschlagen.

Wie auf einen Schlag haben sämtliche von Sozialdemokraten geleiteten Organisationen und staatlichen Stellen, die Forderungen an den URW haben, diese Forderungen, obwohl Bedeutung vorhanden, vorzeitig eingetrieben, und die Maßnahmen ergriffen, um das Eigentum der hallischen Arbeiterschaft zur Zwangsauslösung zu bringen.

Zuletzt hat die KEG mit der Einziehung der 400 000-Mark-Forderung, deren Abzahlung am 31. März gefordert war, die Zahlungsschulden befreigesetzt. Und dieselben Faschisten, die ihre ganze Kraft einlegen, um den hallischen Konsum zu zerstören, werden nun die Schuld für ihr Zerstörungswerk der kommunistischen Verwaltung zu zuladen suchen.

Auch dieses schändliche Spiel wird ihnen nicht gelingen. Alle denkenden Arbeiter werden es verstehen:

die Schwierigkeiten des URW Halle sind die Folge der faschistischen Zerstörungsmethoden der SPD gegen das Arbeitunternehmen, dessen Existenz, dessen aktive Hilfe für die Mansfeld-Kumpels ihr ein Dorn im Auge war.

Überall wird sich der Sturm der Massenempörung erheben gegen die Sozialfaschisten, die das Eigentum der hallischen Arbeiterschaft stehlen, die Mitglieder und Sparer des URW Halle ausplündern wollen — überall werden die faschistischen Genossenschaftszerstörer von der Arbeiterschaft die Antwort bekommen, die sie verdienen.

Statt Arbeitsbeschaffung Millionen für Aufrüstungen

Die Nazis wieder an der Spitze der Subventionsagenten

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Beratung des Haushaltsausschusses des Reichstages vom Dienstag wurde der Verhörsessel zum Abhören gestrichen. Bei dem Anspiel Puffahrt richtete Genosse Torgler in außerordentlicher Sitzung einen Angriff gegen das Reichsverschönerungsministerium. Während in allen anderen Staaten bei den Sozialausgaben weitgehende Abschüsse vorgenommen werden, wie das Reich

Millionensummen für die Aufrüstung aus. Die Puffahrt erhält wieder über 18 Millionen Mark an Subventionen. Es besteht kein Zweifel, daß diese Mittel für militärische Rüstungen verwendet werden. Den Nationalsozialisten genügt die eingesparte Summe noch nicht. Sie beanspruchen sogar beim Volksaufzug, Motorradentwicklung eine Erhöhung von 1,2 auf 2,5 Millionen Mark. Die Sozialdemokraten hatten unerhebliche Streichungen bei einzelnen Positionen beantragt. Alle anderen Parteien sprachen sich für

die Bewilligung der Mittel aus. Der Antrag der Kommunisten auf Streichung aller Subventionen wurde von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Nicht so freigiebig und bewilligungsfreudig zeigte sich der Anschluß beim Anspiel Binnennwasserstrafen, obwohl hier große Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung bestehen, wurden gewaltige Abschüsse an diesen Positionen vorgenommen. Anträge der Kommunisten auf

Streichung der Mittel für den Mittelstandskrieg auf 30 Millionen, für die Neuerrichtung von 7 Millionen für den Südbahnhof des Mittellandkanals, von 10 Millionen für den Niederrhein-Kanal wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Des weiteren wurden abgelehnt die Anträge der Kommunisten, die Mittel zur Bekämpfung der Hochwassergefahr der jüngst eingetretene Katastrophe der Flut zu erhöhen und bei den ehemaligen Ausgaben 10 Millionen dafür einzulegen.

Gehaltsträuber!

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium Nachverhandlungen im Gehaltstontisch der Angestellten des Reiches und der preußischen Staatsverwaltung statt. Es wurde mit Zustimmung der Tarifgemeinschaften eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach die Gehälter für die Monate Februar und März um 3 Prozent und für die Zeit ab 1. April 1931 um 6 Prozent gestiegen werden.

Roter Streifzug in Solingen

In Solingen haben die Arbeiter der Firma Wed und Söhne 14 Tage lang unter Führung des roten Metallarbeiterverbandes im Streik. Die Firma mußte mit dem roten Metallarbeiter-Verband verhandeln und hat am 24. Januar die Verhandlungen der Arbeiter annehmen müssen. In der getroffenen Vereinbarung wird bestimmt, daß alle Arbeiter wieder eingeholt werden müssen, ferner werden Söhne fortgezogen, bis bis zu 22 Pf. Gehaltserhöhung bringt. Außerdem verpflichtet die Firma, den Gehaltstag von 8 Ubrigen, der in dem vorausichtlich und von der Sozialpolitischen Gemeinschaft, Bremische Unterherrschaft, Schlesisches Land, für das Tariftätigkeitsgebiet 14, 15 und 16 aufzuführen. Allen Arbeitern wird ein gültiger Arbeitsplatz mit einer Bezahlung von einem 48-Stunden-Gehaltserhöhung garantiert, obwohl die Sozialpolitische Gemeinschaft keine entsprechenden Garantien gegeben hat.

Die Söhne des Reichsbanners und der KPD glauben sich allein in die eigene Rahmenorganisation, in der Nazis und Nazis zu bringen. Sie spielen die Rolle der Faschisten. Sie treiben gegen den Kommunismus, d. h. gegen das westliche Volk, das sie gegen die kapitalistische Wiederauferstehung werfen. Da müssen die KPD-Führer auch dabei sein. Wenn die Nazis, Long-Strasse und Söhne und auf diese ungewöhnlichen Zeichen Rollen und Rollen spielen.

Diesen Antrag ist ein Antrag dafür, daß die Belegschaften, wenn sie richtig und großzügig unter Führung der KPD streiken, die Sozialpolitische Gemeinschaften.

Das Geheimnis von Genf

Der Beschluss des Völkerbundsrates in der Frage der Unterbrechung der deutschen Minorität in Ober-Schlesien findet in der Weltspalte ein vielfältiges Echo. Ohne Zweifel handelt es sich um einen Punkt im Mittelpunkt dieser Konferenz, und die Form ihrer Lösung liefert zugleich den Schlüssel zum Verständnis der Ergebnisse dieser Tagung.

Die beiden gegnerischen Parteien — Deutschland und Polen — reklamieren jedoch für sich den Erfolg. Die deutsche bürgerliche sozialdemokratische Presse schweigt in übermäßigem Siegesgeiz. Der "Vaterland" ruft vor dem Völkerbund anbetraut auf dem "Bau" und mindet sich im Begeisterungskampf. Aber auch die politische Presse führt ihre Zuständigkeit, alle Regierungserklärungen erläutern die Genfer Tagung für einen runden Erfolg. Die englischen und französischen Blätter stimmen auf, wie bestens von einem Alptraum für jeden Polen und preisen die „verbindliche“ und „verbindliche“ Politik des deutschen Außenministers.

Und bei alledem wurden doch durch den Genfer Beschluss formal die deutlichen Bedenken gegen Polen anerkannt. Die polnische Regierung hat ohne Zweifel eine moralische, wenn auch keine politische Niederlage erlitten. Die deutsche Bourgeoisie steht auf dem ersten Platz als Sieger da.

Wie ist bei dieser äußerst schwachen Lage die allgemeine Friedensheit aller Beteiligten zu erklären? Wo liegt das Geheimnis dieser paradoxen Erziehung?

Des Rätsels Lösung ist darin zu suchen, daß der Ablösung des Oberschlesien-Konflikts ein Kompromiß zugrunde liegt, das viel breiter und tiefer in die großen Zusammenhänge der kapitalistischen Weltpolitik hineingreift, als die Bellegung eines solchen, gemessen an den großen internationalen Problemen, bedeutungslosen „Dorfstreitigkeiten“, wie es Zeiletti gern formuliert.

Unter dem gemeinsamen Druck Frankreichs und Englands haben das imperialistische Deutschland und Polen ein Verständnis. Curtius hat im Laufe der Genfer Tagung den Frieden zwischen zugeschaut. Die Untertreppe lobt seine „menschliche“ Haltung, und Polen hat seitherseits den ehemaligen Kaiser herabgeschaut. Das heilige Rom hat nachgeholfen. Und es kam ein Kompromiß zu stande, daß Deutschland befriedigt, ohne Polen wehe zu tun.

Nun erhebt sie die Frage: welchen Preis hat Deutschland gezahlt für die Zustimmung Polens zur Genfer Resolution? Hier kommen wir auf den Kern der Sache. Und bei der bekannten Hartnäckigkeit, mit der Polen unter dem Patronat des französischen Imperialismus seine Forderungen zu vertreten pflegt, ist die Schlussfolgerung gerechtfertigt, daß die deutsche Delegation für den Genfer Kompromiß einen schweren Preis zahlen mußte. Welchen Preis?

Die beteiligten Minister sind stumm, die Presse schweigt verbindnisvoll — wir kennen dieses dreckige Schweigen. Es erfüllt das Schlüsselwort zur Genfer Geheimniß deutlicher als verbindliche Reden. Dieses Schlüsselwort lautet: Sonderunion!

„Die Sowjetunion durch nichts gebunden“

„Sowjetunion“ zur Abschlußkonferenz

1928, Moskau, 27. Januar. „Die Presse“ berichtet fächerartig die Versuche einiger Mitglieder des Völkerbundes von der Vorberichtigenden Kommission fertiggestellten Konsumentenkontrakt für die Teilnehmer der Abschlußkonferenz als bindend auszulösen.

Die Sowjetunion ist, wie das Blatt sagt, durch nichts gebunden, und der Völkerbundrat kann sie an nichts binden. Die Sowjetregierung behält für ihr volles Recht vor, auf der internationalen Konferenz alle Fragen, welche sie für notwendig zum Erfolg des Kampfes für die wirkliche Befreiung hält, anzugeben.

Alle Befürchte, die Diskussionsfreiheit der nächsten Konferenz zu schwächen, sind nach dem Blatt offensichtlich auf weiterer Sabotage der Abschluß berechnet.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Übersetzt in internationale Schriftsetzung G. M. L. G., Berlin
21. Fortsetzung.

Ramzi stand auf und beschichtete die Umgebung. Die Frühe lag an und für sich sehr einfach, aber doch unter verschiedenem Einfluß der bürgerlichen Vermittler. Die Arbeiter wurden unruhig, weil sie sich dicker bürgerlichen Diplomaten nicht gewohnt fühlten. Sie muhten sich in jedem Hause auf und von ihren Grundlagen aus eine Taktik aufzubauen.

„Halt, einen Moment!“ rief Ramzi, der bemerkte hatte, daß in den nächsten Büchern sich etwas bewegte. Alle sahen sich um: es war ein Junge in der Uniform eines Soldaten — ein Telegramm — er schob Takagi ein Stückchen Papier hin. Er war ein Sohn vom Gewerkschaftsbüro. Takagi öffnete das Papier und las:

„Um vierzehn Uhr eintritte Bahnhof Tokio oda.“ Das Papier ging von Hand zu Hand und auf die nassen trockenen Gesichter kam ein Lächeln.

„Wir wollen nach Hause gehen.“ Das Telegramm war von der Generalleitung der Gewerkschaft in Osaka, der Vorsitzende des 3. der Gewerkschaft, würde heute in Tokio eintreffen.

„Also dann wollen wir in der Frühe unseres Verhaltens gegen den Schlichtungsausschuß erstmal mit dem Gewerkschaftsamt besprechen. Und jetzt wollen wir hingehen.“

Ramzi nicht schweigend; er sprach nur sehr leise, seine Meinung über den Schlichtungsausschuß war dem Gewerkschaftsamt gegenüber nicht einzuholen. Und jetzt wollen wir hingehen.“

Dieser Mann mit dem langen Gesicht war der Hochzeit-

Rüstet zum internationalen Kampftag am 28. Februar!

Macdonald-Regierung organisiert zehnprozentigen Lohnabbau

Ein Schreiben des Finanzministers Snowden an die Unternehmerverbände

Der Schatzkanzler der sozialfascistischen englischen Labour-Regierung, Snowden, hat an die Unternehmerverbände ein Schreiben gerichtet, in dem er ihnen einen zehnprozentigen Lohn- und Gehaltsabbau auf der ganzen Linie vorschlägt. Durch diese Volumenkürzung soll die Ausführbarkeit der englischen Industriewirtschaft verschärft werden.

Die Kommunisten haben immer betont, daß die Volumenkürzung in Deutschland die Rohstoffknappheit in England, Italien, Amerika usw. zur Folge haben wird. Die Kapitalisten der verschiedenen Länder müssen durch Volumenkürzung ihres Exportes gehen. Da aber ein kapitalistisches Land dem anderen mit Lohnabbaumaßnahmen folgt, so führt dieser kapitalistische Konkurrenkampf auf dem Rücken der Arbeiter zu einer immer größeren Verschärfung des proletarischen aller kapitalistischen Länder.

Die sozialfascistischen Führer der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien unterstützen in jedem

Land die Lohnabbaufessone ihrer Kapitalisten. Auf ihren internationalen Tagungen nehmen die sozialfascistischen Reaktionen an, in denen sie erklären, daß der Lohnabbau mit aller Kraft entgegengetreten werden müsse. In der Praxis führen sie den Lohnabbau herbei und machen ihn dadurch läufig an dem gravierendsten Stand der arbeitenden Bevölkerung. Insbesondere an dem ungeheuren Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Nur die Rote Gewerkschaftsinternationale und ihre Sektionen organisieren den internationalen Kampf gegen die kapitalistischen Lohnräuber. Mit die Durchsetzung des Sechs-Stunden-Tages mit voller Lohnausgleich. Sicherer, erkennt, wohin auch diese sozialfascistische Politik führt. Der zu KGO, Kampf unter ihrer Führung gegen die Lohnabbaufessone. Gefolgt: Gefolgt unter ihrer Führung gegen die Gewerkschaften am 28. Februar zu einem wichtigen Aufmarsch gegen die Lohnräuber und gegen ihre sozialfascistischen Führer!

Blutiger Terror gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern in Indochina

Französischer Imperialismus schwingt Henkerbeil

Jänsche Todesurteile bestätigt — 86 Revolutionäre sollen hingerichtet werden

R.H.P. Paris, 27. Januar. Die Berufungssichtung in Saigon (Koefia) hat die Revision der Todesurteile gegen die 161 Revolutionäre Tran-Kuan-Nien, Ng-Chai, Vu-Ban-Gia, Tran-Hiep-Deng, Lechan-Cong abgelehnt.

Gegenwärtig befinden sich in Indochina 86 Revolutionäre, die die Rädels ihrer Todesurteile erwarten. Bis jetzt haben die militärischen Behörden nur acht solcher Fälle behandelt. In allen acht Fällen wurde die Revision abgelehnt. 78 Fälle

sind noch, d. h. 78 Revolutionäre sind mit der Hinrichtung bedroht. Die acht anderen sollen dieser Tage noch — wenn es nicht schon geschehen ist — hingerichtet werden.

Weltläufig aller Ländern stellt den französischen imperialistischen Henker des revolutionären Indochina in den Dienst. Dafür nicht, daß 86 aufrichtige Kämpfer hingerichtet werden! Fortgesetzt bei den französischen Verbündeten die Auflösung der Todesurteile!

Zum Kapitel Abrüstung

1½ Milliarden Euro für Kriegsschiffbau

Europä. Wiss., 27. Januar. Dem Präsidenten der Gewerkschaften in diesen Tagen die Haushaltserörterungen verschiedener Staaten für das neue Haushaltsjahr vorgelegt. Der Berichtsbericht für die Marine beläuft sich auf 1,5 Milliarden Euro (rund 300 Millionen Mark), was gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um rund 8 Prozent bedeutet. Für Neu- und Umbauten sind 725 Millionen Euro (rund 150 Millionen Mark) vorgesehen, d. h. 20 Prozent mehr als im Vorjahr.

Körperliche Übungen

Das Schicksal des Meuterer von der „Lucia“

Die französischen Telegraphenagentur „Téléunion“ meldet mit qualifizierter Bekämpfung aus London:

Das Unterseebootsmuttergeschiff „Lucia“, auf dem sich dreißig Männer der Besatzung des U-Bootskamps aufdrängt gemacht hatten, wird mit einer neuen Belohnung in Dienst gestellt werden. 22 Matrosen, die zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt wurden, sind in ein beladenes Gebäude nach Verteidigung gebracht worden.

Die Übungskampagne besteht darin, daß die Herrschäften sich beladen beladen und untergeordneten Gewerkschaften unterwerfen, wie Gewerkschaften, unterwerfen müssen. Sie dürfen während der ganzen Zeit nicht rauschen und müssen Gefilde räumen.

Revolutionäre Tranertundgebung in Wachau

Kommunistische Demonstration entlädt der Beerdigung eines Arbeiterblinden

Wachau, den 27. Januar. Gestern stand hier die Beerdigung des Gewerkschaftsarbeiters Karl-Wolff-Pott, der im Gefolge beim Aufstehen vor dem Arbeitsschwein zu Tode getreten war. Vor dem Friedhofskreuz veranstaltete sich eine große Beisetzungsmesse. Es hielten sich zahlreiche Polizisten, mit Gewehren bewaffnet, ein.

An der Spitze des Trauzeugen standen Gewerkschaften mit einem Blatt: „Den Opfer des Gangsters, des Arbeitsschweins und des Kapitalismus“. Das Blatt wurde von der Polizei beschlagnahmt. Auf dem Friedhof sprach der kommunistische Sekretär des Bezirks-Komitees Bulligau, der von der Polizei bewacht wurde. Die Trauzeugen hat auf die Arbeiter Werke einen außerordentlich harren Einbruch gemacht.

hatten sie andere Getränke und andere Speisen genossen. Die Herrschäften verhören sich auf die verschiedenen Seiten der Unterhaltung und jeder Wechsel der programmierten Belehrungen ergibt neue Gewerkschaften.

Aber was diese gelehrten und gehörigen Herren nicht verstecken konnten, das waren die Führer der Streikenden, kauften, als sie hier die Abfälle, die Sicherheitsgefahr wachten. Sie leben, nur mit Raffia versteckt, von gekauftem Lebensmittel bis heute. Obwohl auch ihre Gefährte wieder verstecken konnten, die Herrschäften, heißt Unschuld, in ihrem Raum leben. Sie müssen so offenbarig und tapfer, aber den Herren immer unverhältnißmäßig. Wenn die Herrschäften mit den Arbeitern rechnen, glauben sie immer nur dem glücklichen Polizeiabteilung einer Flugzeugmaschine zu liegen: niemand kann wissen, wann er explodiert.

„Die Arbeiter liegen immer nachts, über wie leicht, natürlich!“ hat bei uns einen ganz anderen Sinn.“

Der Direktor des Verlags „Damekwell“ brachte das als neuerliche Entdeckung vor: Er war nebenbei der Sohn Meinung, daß die japanische Regierung nur durch Unterstützung fremder Herrschäftelei erzielten Gewinn. Zu dieser Meinung führte er sich berichtigte, weil er einmal dem japanischen Herrschäften O. des Reiches nach Staatsrat berichtet hatte. Die Herrschäften hielten ihn als einen großen Idioten wie die Polizei, der eigentlich war bis Ende 1933 nicht offiziell als Reichsminister Regierung, nahm und verlor seinen Stellen. Aber seit 1934 ist er wieder im Dienst.

„O, das ist Wollum, Sie leben aber doch je gut eins.“ Noch nicht macht dieser Stoff keinen großen Raum.“

Der Stadtverwaltungsbeamte gesteht:

„Ja, leider, ich habe nur wenig gelesen, und mein Schriftsteller geht nicht weg“, entgegnete Herr Kondo mit einem Lächeln. Er magte leben, und sein zweiter Sohn Kondo holt sich auf wie bei einem Jagdrennen Raubtrotto.

„O, das ist Wollum, Sie leben aber doch je gut eins.“ Noch nicht macht dieser Stoff keinen großen Raum.“

Der Stadtverwaltungsbeamte gesteht:

„Ja, leider, ich habe nur wenig gelesen, und mein Schriftsteller geht nicht weg.“

Die Herrschäften hatten seit Jahren einen Mann

**Gasthof und Ballsaal
Bürgergarten**

Albrechtstraße 16
Montags und Sonntags mod. Ball
Berlebslokal der Dresdner
Arbeiterchaft

Gaststätte Sängerheim

Wernerstraße 38
Döbeln-Mitte, Eggers-Schub-Kap.
Politische, im Elmu

Hanna Lindemann

Kellendorfer Straße 44
Schokoladen- und Zuckerwaren

Raumanns Lebensmittelgeschäft

Reichenbacher Straße 36

Grill Wissel

Milchprodukte
Blaue Käsefabrik u. Bäckerei

Leberhandlung Riemann

Kronprinzenstraße 10
Döbeln-Gittersee u. Ober u. Unter

Köckritz

Fleißbäckerei, Fennricher Straße 38

H. Klemm

Bebenmittel — Verkaufsstätte
Kronprinzenstraße 45

Max Gehrke

Schreinerei, Bürgstraße 34
empfiehlt Bilder, Dekorations-, Reise-
und Schmuckwaren

Herrn. Knecht, Bennicher Str. 23

Kolonialwaren
Schnellkost

Arthur Thieme

Waffenschmiede
Oderwitzer Straße 1

Dresden-Leutewitz

Paul Zschäkel
Fleisch- und Wurstwaren
Oderwitzer Straße 51

Hermann Wehrauch

Fleisch- und
Wurstwaren
Wittig-Mühlestr. 2
1000

Dresden-Gorbitz

Bäckerei und Kaffeehaus
Karl Möller, Dresden-Gorbitz
Kellendorfer Straße 222 — Tel. 27519

Zanzstätte „Alter Dößauer“

Dresden-Gorbitz
Samstag, 10. Zug, 10. Uhr:
Bettw., 10. Zug, 10. Uhr:
1000

Dresden-Briesnitz

Bäckerei Zetsch
Fleisch- und Wurstwaren
Weißgerberstraße 29

C. Minna Müller, Wertheimer Straße 48

Bebenmittelhandlung

Cossebaude

Mag. Gafft
Zellstraße 2
Bäckerei, Konditorei, Kolonialwaren

Karl Thomas

am Bahnhof
Holz- u. Metallhandlung

Gart. Stötz

Bauwaren, Dampf-
maschinen, Brennstoffe
Torfmehl, Speise-
und Viehseit, Ludwigstraße 7

H. Hoffmann

Kolonialwaren
Tiefenbachstraße 111

B. Petersmüller

Bäckerei u. Bebenmittelhandlung

Café-Briesnitz

Drogerie Fritz Scherzer
Dresden — Löbtau — Loschwitz
+ Prosecco Edelsaft
Mühler Landstraße 27

**Fein- und Weißbäckerei
Herrn. Rosche**

Kellendorfer Straße 5 und 42
Wallstraße 36

50021

**+ Drogerie
Z. Weiden
Kruz**

Alfred

Sachsenröder

Kesselsdorfer

Str. 24, Tel. 16682

50164

Radio-Haus Fortschritt

Reichsbahn

Reichenbacher Straße 20, Tel. 10775

50167

**Möbelhaus
Richard Schmieder**

empfiehlt eine große Auswahl in

Möbel aller Art

Kellendorfer Straße 17

im Hause der Mühlenhalle

50015

Dresden-Cotta

Metzger, Fleischer, Säumermeister, Gemüse

Wilhelmstraße 26, Dienstag 22219

Herrn. Sanktow

Kolonial, Obst- und Gemüsewaren

Vorwerkstraße 29

50176

J. Schneider

Holz- u. Kohlehandlung

Lager: Gottlieb-Keller-Straße 37

50066

Oskar Röder

Brot — Käse — Wurst — Möbeltransport

Reichenbacher Straße 61

50028

Großen-Hyggiene

Büchsenmittel, Gummitaschen, Schleimhaut

Mersestraße 48, Ode Kellendorfer Straße

50015

Dresden-Cotta

Bäckerei und Sonnenblumenabteilung

Wilhelmstraße, Dresden-Cotta

Oderwitzer Straße 35, Tel. 27927

50000

Walter Stern

Brot-Weiß- und Feinbäckerei

Gottlieb-Keller-Straße 15

50007

Reiseamt Nr. 100

50006

Garben-Strübing

Reisekette, 20, Ode Wertheimer Straße

Drogen, Seifen, Parfüms, 5% Cäfe

50004

Paul Lindolph

Lebkuchen und Schreibwaren

Wertheimer Straße 14

50008

Herrn. Wallraff

Lebensmittel

Kronenstraße 17

50008

Ratskeller

o. o. o. o.

Veranstaltung der Arbeiter

50008

Zuckerode

Wollmark-Wollmark

Wilhelmsstraße 11, Tel. 199 51751

50002

Gellig - Strelitz

Wilhelmsstraße 10, Tel. 199 51752

50002

Max Strobel

Bäckerei u. Filiale

Wittigstraße 99

50008

Beerdigungs-Institut Dietl

für Freital und Umgebung

übernimmt Beerdigungen in jeder

Ausführung

50002

Mag. Börmann

Tiefenbach 102

50002

Freital-Deuben

Wetterhütte, Altkirch 5

50004

Walter Heinrich

Flanzen- und Fleischwaren

144, Langweg v. Freitaler Seestrasse

Markt Landstraße 78

50013

Chr. Wagner

Weißgerber, Schleiferei

50014

Hansberg

Brot- und Käsewaren

Walter Brück, Weißgerber Straße 9

50004

H. Böhme

Alten, Testwaren

Testberatung

50004

Freital-Döhlen

50002

Central-Apotheke

Apothek, Kosmetik, Wiederherstellung

20000

Paul Wenzel

Therapie, Parfüme, Hinterwälder

50000

Stadt-Drägerie Neben

Walter Brück, Unter-Böckeler Straße 100

50004

H. Fleisch- u. Wurstwaren

Post 1000, Hauptstraße 10

50000

Habenau

Karl. Hägerbaum

Vorstehermeister

Post A. Wenzel

Post 1000, Hauptstraße 10

50000

H. Fleisch- u. Wurstwaren

Post 1000, Hauptstraße 10

50000

H. G. Sommer

Post 1000, Hauptstraße 10

Die Schandpläne der sächsischen Textilbarone

240 30 Prozent Lohnabbau verlangt

Der DTD erklärt: So grobe Verschlechterungen können wir uns nicht gefallen lassen
Organisiert den Streit unter Führung der RGO!

Die Textilunternehmer des öst. und westsächsischen Textilgebietes haben für den 28. Februar den Lohnabfall gefordert. Davon werden 216 208 Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen in Westsachsen, und außerdem noch 48 387 in anderen Bezirken betroffen.

Nachdem jetzt die Bürokratie des Deutschen Textilarbeiterverbandes unter dem Druck der Arbeitnehmer zum Rücktritt gebracht wurde, werden die ungewöhnlichen Pläne der sächsischen Textilarbeiterunternehmer bekannt.

Im folgenden Erklärung des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie offenbarten diese Gelehrten ihren Plan. Es heißt da:

"In Ergründung unseres Rücksichtsreichweites vom 30. Dezember 1930 beantragen wir, eine tarifliche Lohnhöhe wieder herzustellen, wie sie bis zum 30. September 1927 in Geltung befindliches Tarifvertrag enthalten war. Die mit Ihnen und den Verbänden der sogenannten berufsfreudigen Arbeit getroffenen Vereinbarungen vom 27. September 1927 und 27. November 1928 und in den tariflichen Auslandserklärungen bei der Feststellung der gegenwärtigen Löhne entsprechend zu berücksichtigen. Wie beantragen folgendes:

Der besondere Antrag für Spulen von Seide und Kunstseide in den Wirtschaftsgütern (Strumpfwaren und Stoffhandelswaren) kommt in Wegfall.

Die Lohnhöhe für die weiblichen Arbeiter im Zwischenbetrieb Pol. I sind wie jene im Baumwollspinnereibetrieb Pol. Ia und b zu regeln. Der besondere Antrag für Kunstseide fällt weg.

Zulage der ungewöhnlich schlechten Lage in der Ausbildungslösung 30 Prozent zu fordern.

Wir beantragen weiter, möglichst bald auf gemeinsamer Grundlage die Verhandlungen über die Erneuerung der Tarifvereinbarungen.

Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie, Hochschulungssatz

13. 1. 31. Der Sächsische, gez. Dr. Sellmann."

Was bedeutet es für die Textilarbeiter in der Praxis, wenn der alte tarifliche Zustand vor dem 30. September 1927 wieder hergestellt werden soll? Ende September 1927 wurde der Lohn um 8 bis 10 Prozent aufgebessert, und am 1. 12. 1928 nochmals um 5 Prozent. Trotz dieser Lohnverbesserungen entsprach damals die Lohnhöhe noch lange nicht den gestiegenen Lebenshaltungskosten. Diese Lohnhöhe wird aber zwangsläufig durch steigende Steuererhöhungen, durch den ganzen Schwund von Abgaben, die einen großen Teil des Arbeitslohnes beanspruchen, und durch die weiter fortgesetzte Nationalisierung aus Kosten der Arbeit zu wahren Hunderttausenden herabgesunken. Den alten Zustand herstellen, das heißt jetzt nochmals einen Lohnabfall von 14 bis 18 Prozent! Wird dieser Lohnabfall durchgeführt, so kann man ohne Lebetscheidung sagen, daß der Textilarbeiter nur noch die Hälfte von dem zum Leben hat, was er 1927/28 hatte. Bei den Flemmingen, die zum Beispiel die Textilarbeiterinnen erhalten, bedeutet das: Verbesserung!

Ständig betrug der Lohnabfall bei den Textilarbeiterinnen 10 Pf., bei den Textilarbeiterinnen 5 Pf. Der im Zwischenbetrieb vornehmliche Lohnabfall ist noch bedeutsam höher und würde sich bei den Frauen auf 10 Pf. pro Stunde belaufen. Die weiteren Fortbewegungen der Unternehmer, wie Wegfall der Zuschläge für das Spulen von Seide und Kunstseide, bringen noch niedrigere Prozentzahlen.

Das ist der Raubplan der Textilarbeiter. Die Gewerkschaftsbüros des Deutschen Textilarbeiterverbandes erklären ihre Bereitschaft zum Lohnraub. Zwar modernen sie den Textilarbeitern etwas von "Kampf" gegen das Vorgehen der Unternehmer vor, hinter den Rücken der Protesten

Holzhölle Lickroth & Leinbrock

Drei Direktoren leben von 150 Arbeitern

Firma beantragt Teilstützung trotz vorhandener Aufträge / Meister verdrängen Arbeiter / Schließt die Einheitsfront durch Organisierung der Arbeiter und Angestellten in der RGO

Die herten Direktoren Bernhardi, Augustin und Wunderwald schreien vor leiner Mahnung auf, wenn es gilt, ihre Profite zuvermitteln. Für die 150 Arbeiter sind drei Direktoren vorhanden mit recht hohen Gehältern. Jeder besitzt eine Villa und ein Privatauto. Hier ist Geld genügend vorhanden. Bei den Proleten geht man mit den brutalsten Mitteln vor. So wurde jetzt der 45 Jahre im Betrieb tätigestellvertretende Tischlermeister K. wieder an die Hobelbank gestellt. Würde er dies ablehnen, dann kann er sich einzeln in die Millionenfront der Arbeitlosen.

Jede Woche wirdt man einige Arbeiter auf die Straße, ja, jetzt hat man Teilstützung beantragt. Und dabei ist Arbeit genügend vorhanden. So muß der berüchtigte Kotonanlagenmeister Siegert neben seiner Anteilserhöhung noch als Zulieferer arbeiten, der Meister Wöhl kennt mit Holzpäckchen durch den Maschinenraum und reicht einen Hilfsarbeiter. Der Meister Zechel nagebt ab und zu Alten, wenn die Arbeitskräfte nicht ausreichen, und der Hofmeister Homann arbeitet als Handlanger und treibt die Kolonnen an. Gegen dieses Ausbeutungs- und Nationalisierungssystem müssen die Arbeiter den körnigen Kampf führen. Aber auch ein Wort an die Meister. Glauben diese selbst nicht, daß die Firma ihnen gegenüber anders verhält als mit den Proleten an der Hobelbank? Seht ihr nicht, wie es K. ging? So wird es auch auch eines Tages gehen, wenn ihr euch nicht an die Seite der Arbeiter stellt und gegen die Firma kämpft.

Erhöhte Arbeitsleistung und 20 Prozent Lohnabbau

Was den Reichen der Angestellten geht uns noch folgende Zulieft zu:

Umgehens ist die Nationalisierung in unserem Betrieb festgesetzt. Um 8 Uhr tritt in Arbeitsbeginn, doch schon um

NSD-Strickwaren — 100 Mark Belebung!

Im "Angriff", dem Blatt des Kapitäns Göttsche, heißt es: "Wir die Bekämpfung auf, daß Nationalisierung bei keinem Göttsche als Streitbrecher aufgezeigt seien. Göttsche will 100 Mill. Belebung jedem zahlen, der das Gegenteil aufweist."

NSD erlaubt alle Arbeiter, uns aus der Hölle der Betriebssozialen zu ziehen, wo NSD als Streitbrecher aufgetreten ist, die sozialen Hölle mit Namen gegeben und Wörtern des Kapitäns Göttsche, sowie der Dokumente der NSD, Blaspötter, Zeichner etc., wo zum Streitbrech aufgefordert wird, einzutreten an jungenen Menschen: Kommunistischer Jugendkongress, Berlin 2. II., Kleine Kleingärtnerstraße 22.

aber werden diese Gelehrten, genau so wie die Bonzen des Metall-, Fabrikarbeiter- oder Gesamtverbandes, jedes Mittel anwenden, um den Streit der Textilarbeiterchaft gegen diese brutalen Propagandas unmöglich zu machen.

In einem Schreiben der Ortsverwaltung Chemnitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes steht folgender Satz:

"Wir müssen den Arbeitgebern zeigen, daß die Arbeitgeber nicht eine solche große Verschlechterung nicht gefallen läßt."

Diese Neukarikatur der Bürokraten ist das Einverständnis mit den Plänen der Unternehmer. Das „nicht gefallen“ sollen soll darin bestehen, zu handeln, ob statt 18 Prozent nicht 17 Prozent und statt 30 Prozent nicht 28 Prozent Lohnabbau durchgeführt werden könne. Es ist die Politik des „kleinen“ Tarifvertrags; setzt Brünning, sonst kommt Falchismus! Verbesserung nach und nach, sonst könnte einer gleich sterben! In Wirklichkeit

Ist es natürlich bewußter Betrug der auf Grund ihrer Bonzen gehörter, ihrer Korrumperheit mit dem kapitalistischen System auf Tod und Leben verbundenen Bürokratie. Streiks verhindern die Krise des Kapitalismus, also abwirgen. Zu „kleinen“ Verbesserungen führt die betriebsmäßigen Lohnräuber immer gern bereit. Die Kämpfe der letzten Wochen in Berlin, im Ruhrgebiet und in Chemnitz zeigen praktisch den „Kampf“ der Bonzen. Textilarbeiter! Vorsicht nicht lächerlich! Jetzt schon beginnt der Kuhhandel über den Lohnabbau, und in fürgeler Zeit werden die ländlichen Textilarbeiter am eigenen Vieh spüren, was Einheitsstreit der Gewerkschaftsbüros mit dem Polizei knüppel bedeutet.

Die Textilarbeiter werden im Kampf um menschenwürdiges Leben auch vor dem Betrug dieser Gelehrten nicht zurücktreten. Sie wollen, daß sie vertreten werden. Sie müssen die Bonzen mit den Unternehmen und der Staatsmacht allein lassen und mit der RGO den Kampf organisieren.

In allen Betrieben breite Waffenmobilmachung, Kürschneraktion für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Schaffung von Kampfausschüssen in den Textilarbeiterbetrieben, die die Nutzabe der Vorbereitung des Streiks gegen Bohrmaschine und für die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich haben, ist die einzige erfolgreiche Antwort an das Unternehmertum und ihre Vasallen, die reformistischen Arbeitgeber.

RGO für Beamtengehaltsraub

Berlin, 26. Jan. (Eig. Bericht)

Nachdem durch die Notverordnung der Brünning-Diktatur auch den Beamten und Angestellten ein Gehaltsabzug von 8 Prozent subtrahiert wurde, hatten die Sozialdemokraten zur Täuschung der Beamten einen Antrag eingebracht, der eine Staffelung der Gehaltsabzüge vorstellt. Mit diesem Antrag wollten sie vor der Tatsache, daß nur mit ihrer Hilfe die Notverordnung Gelebt wurde, ableiten. Die Sozialdemokraten legten aber keinerlei Wert auf die Verarbeitung ihres Antrages, so daß Genosse Torgler, um das verlogene Mandat der Sozialdemokraten aufzuzeigen, in der vergangenen Woche die Begehung des sozialdemokratischen Antrages verlangte, mit dem besonderen Hinweis, daß bereits am 1. Februar der Gehaltsabzug im Kraft trete.

In der Montag-Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde nun der Antrag als erster Punkt der Tagesordnung behandelt. Sofort meldete sich Finanzminister Dietrich zum Wort, um zu erklären, daß der sozialdemokratische Antrag für die Regierung unannehmbar sei.

Formiert die 20-Millionen-Front!

Nach dem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes waren Anfang Januar in den kapitalistischen Ländern 20 Millionen Arbeitslose gezählt. Allein in Deutschland sind schon über 4 Millionen Arbeitslose gesucht.

Nur in der Sowjetunion ist die Arbeitslosigkeit liquidiert.

Unermeßliches Elend bringt das kapitalistische System über die Arbeitenden!

Die Arbeiter müssen sich international gegen die kapitalistische Ausplunderung zur Wehr setzen. Zum Internationale Arbeitslorentag muß die 20-Millionen-Front auf den Plan treten.

Auftakt zum 25. Februar!

Dabei berief sich Dietrich insbesondere auf das dritte Reich Maßnahmen und erklärte, daß dort sogar ein Beamtengehaltsabzug von 12 Prozent vorgenommen worden sei.

Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Torgler. Er verlangte gemäß den Grundsätzen der Kommunisten die Rückgängigmachung des Gehaltsabzuges bei den unteren Beamten und die Kürzung aller Gehälter und Gehaltsniveaus über 8000 Mark. Die Nationalsozialisten erkannten die hohen Gehälter und Gehaltsniveaus ausdrücklich an.

Genosse Torgler verlangte sofortige Abstimmung auch über den sozialdemokratischen Antrag. Da der Antrag angenommen worden wäre, durch eine Mehrheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, verlangten die Sozialdemokraten die Ausstehung der Abstimmung und die Überweisung ihres eigenen Antrages an einen Unterausschuß.

So haben also die Sozialdemokraten ihren eigenen Antrag begraben, denn die Abstimmung wurde durch ihre Haltung unmöglich gemacht.

Über den kommunistischen Antrag wurde auch nicht abgestimmt, denn die Mehrheit der Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokraten verlangte ebenfalls die Überweisung des Antrages an einen Unterausschuß.

Somit tritt also am 1. Februar der Gehaltsraub in Kraft, der natürlich nur in aller Schärfe die am schlechtesten beschäftigten Angestellten und Beamten trifft. Die unteren Beamten haben jetzt an einem neuen Beispiel gelehrt, welch betrügerisches Spiel die Sozialdemokraten mit ihnen treiben.

Ausdehnung des Schuharbeiterstreiks

In Kleve (Rheinland) sind vor einigen Tagen 900 Schuharbeiter in den Streik getreten, und zwar in der Schuhfabrik Hößmann. Der Unternehmer hat alle Streiterinnen krischlich aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Doch ist kein Arbeiter aus diesen Hößmann bereit eingekauft. Darausin hat der Unternehmer weitere 900 Arbeiter ausgesperrt, so daß von der 2100 Mann starken Belegschaft nur noch 300 im Betriebe sind. Auch die sind bis zum 7. Februar gefündigt.

Der Kampf in der Schuhfabrik Hößmann geht gegen einen drohenden Lohnabfall von 30 bis 35 Prozent. Alle Schuharbeiter Deutschlands werden volle Solidarität üben. Ist doch der Kampf in Kleve ein Vorpostenkrieg. Da die Unternehmer auf der ganzen Linie die Löhne abbauen wollen, müssen die Belegschaften der großen Schuhfabriken überall zur Waffe des Streits greifen.

RGO-Gieg im Fabrikarbeiterverband Grünberg in Schlesien

Im Fabrikarbeiterverband Grünberg (Schlesien) wurde bei der diesjährigen Generalversammlung eine Ortsverwaltung gewählt, die sich nur aus revolutionären Arbeitern zusammensetzt. Dieser Erfolg ist ein Ansporn für alle RGO-Anhänger, die Ablösungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften zu verstören.

Buchdruckerstreit in der Frankfurter Zeitung

In der Societätsdruckerei G.m.b.H. in Frankfurt a. M., der Druckerei der "Frankfurter Zeitung", fand es am 24. Januar zu einem Buchdruckerstreit, weil die Gehältsleitung die überörtlichen Löhne abbauen wollte. Nach einigen Stunden mußte die Gehältsleitung nachgeben. Die "Frankfurter Zeitung" schließt am Abend verspätet und in verringertem Umlauf.

Buchdrucker, wehet euch überall gegen die kapitalistischen Lohnräuber mit der Waffe des Streits!

Buchdrucker macht Arbeiter brotlos

Neuerdings hat eine Anzahl Betriebe der schlesischen Tabakindustrie in Langenbleisau, Oppeln und Breslau die Ablösungszeit festgelegt und die Arbeiter entlassen. Zur Entlassung kamen über 1000 Arbeiter, die jetzt auf Platz liegen.

Diese Entlassungen sind eine unmittelbare Auswirkung der durch Notverordnung der Brünning-Regierung eingeführten Tabaksteuer, die vor allem die kleinen Betriebe trifft und runzert, während die Großbetriebe dabei glänzende Geschäfte machen. Während die Unternehmer entzweit werden, werden die Arbeiter dem Hunger ausgezehrt.

RGO

Begrüßung: Dresden-Wilsdruff, Kleinenstraße 100
Telefon: 12 879 / Bielefeld-Hörde, Westendstr. 22, Telefon: 22 22 666

Arb'lune, Holzarbeiter!

Heute, Mittwoch, den 28. Januar, 19 Uhr, im Hotel Reichsring, Rosenstr. 87, wichtige Versammlung

Holzarbeiter!

RGO-Mitglieder und oppositionelle Verbandsmitglieder Mittwoch, den 28. 1. 30 Uhr, im Hotel Hindenburg, Theaterstraße 10. Wichtige Sitzung.

Ostseezeitung

Wettbewerb der „Roten Jungpioniere“

Sachsen - Berlin (Sachsen im Sturm)

Berlin melbet; 2 neue Gruppen, 2 Schulorchester, 1 Agitpropgruppe, mehrere Schulzüge und viele neue Pioniere.
Sachsen melbet; 3 neue Gruppen, 2 Agitpropgruppen, 3 Arbeitsgemeinschaften, 1 Schulzug, 1200 Trommeln verlaufen, 172 neue Pioniere gewonnen, davon allein aus Sachsen 41 Neuanschaffungen.

Wir rufen den südlichen Pionieren zu: Noch viel zu wenig mit aller Kraft auch in der Schule vorstoßen, wo die Berliner uns überlegen sind. Darauf an die Arbeit, Schulzüge heraus und „Rote Schulorchester“ gebildet! Noch viel schneller das Tempo.

Berlin muss unterliegen!

Das rote Sachsen wird Siegen!
Alle Erfolge lotost an die Zeitungen und an den Planierstab senden. Pioniere! Schreibe Berichte an die „Trommel“ über unseren Wettbewerb. Seid bereit!

Pionierstab Sachsen.

Antifaschistenummer des „Roten Wähler“

Zur Steigerung der Kampagne gegen den Faschismus hat die kommunistische Reichstagsfraktion die Schausnummer des „Roten Wähler“ in einer speziellen Antifaschistenummer ausgestrahlt. Es darf keinen Punktfehler und kein Mitglied der Partei und der proletarischen Massenorganisationen geben, die nicht in den Kämpf dieser Nummer des „Roten Wähler“ kommen. Massenverspreitung! heißt die Parole. Alle Argumente der Faschisten finden im „Roten Wähler“ die richtige Antwort, und unbedingt wird den Hitler, Goebbels, und Friedländern die Masse von ihrem Gehalt greifen. Wir erwähnen nur aus dem Inhalt:

Der Nazibetrug an den Werkstätten, von Walter Stoedter — Die Steuerpolitik der Nazis, von Th. Neubauer — Die Nazis gegen die Gewerkschaften, von Hans Schröder — Die Nazis als Erfüllungs- und Young-Partei, von Walter Stoedter — Nazis für Hunger- und Wucherzölle, von Edwin Hörmann — Nationalsozialisten riechen am Hungertod der Kleinbauern, von Ernst Pug — Wie die Nazis den wertvollen Mittelstand betrügen, von Erich Glädel — Die Nationalsozialisten im Bunde mit den Mietmusherrn, von Georg Schumann.

Ferner enthält der „Rote Wähler“ eine ganze Seite über die Nationalsozialisten und ihre Haltung zu den Frauen, eine Seite von Walter Stoedter über die Kriegsdebatte der Nationalsozialisten gegen die Sowjetunion, und an unentbehrlichen Dokumenten den Originalantrag der Nationalsozialisten zur Arbeitsdienstpflicht, einen Originalantrag der Nationalsozialisten zur Arbeitsdienstpflicht, einen Originalantrag der Nationalsozialisten kennzeichnet, und den Originalantrag der Nazis zur Zersetzung des Young-Blancs, der später von ihnen abgelehnt wurde. Dazu kommt noch ein Freileben eines Charakterberichtes des Nazi-Arbeitstheoretikers Gottfried Weber von Eggers aus und der Originalantrag des Hitlerischen Proletariermordgesetzes zur Niederringung des Republikflügels.

Dieses ganze Material ist für nur 10 Pf. in allen Parteihandlungen und Büchertischen, sowie für 21 Pf. einschließlich Versandkosten pro Briefumschlag bei der Post zu haben. Jeder Leser des „Roten Wähler“ willst im Monat Gedanke zwei neue Artikel

Achtung! Rote Roballerie!

Achtung! Kommunistische Mitglieder des Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität“. Donnerstag den 29. Januar 1931 Sportfesthalle am Bahnhof um 19.30 Uhr. Ort: Restaurant „Zuschau“. Es ist Pflicht jedes kommunistischen Genossen, zu dieser wichtigen Sitzung zu erscheinen. Parteibuch gilt als Ausweis.

Deutscher Freidenkerverband Sehnsiedlung. Donnerstag den 29. 1. 30 Uhr, im „Hirsch“ Bahnhauptversammlung. An Antritt des Vortrages des Genossen Thorbauer, Löbau, und der reichhaltigen Tagesordnung erfreuen wir die Genossen und Genossen um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

GPD und Bürgerliche in Einheitsfront gegen RPD

Werttätige, antwortet durch Masseneintritt in die RPD! 247

Freital. In der Stadtoberordnungsversammlung am 22. Januar, der ersten im neuen Jahre, zeigte sich deutlicher als je die sozialerhaltende und somit arbeiterfreundliche Einstellung des Sozialdemokratischen. Über den Rückblick des Vorstehers Weig (GPD) auf das Jahr 1930 und die Wahlen zum Stadtratswahlkreis blieben berichten wir an anderer Stelle.

Das Kollegium hatte Kenntnis zu nehmen von der Ausarbeitung des neuen Tarifs der Kraftwerke Freital. Als Berichterstatter verzichtete der Fraktionsvorsitzende Went (SPD) glänzend die Interessen des Werkes. Im höchsten Grade lobt er den Tarif und besagt, dass das Werk an Hand von wahllos (?) Arbeiter- und Gewerbeausschusssitzungen die Verbilligung des Strombezuges bewilligen könne.

Bewundernswert es dann noch, wenn der kommunistische Antrag auf Verbilligung des Strombezuges für die Klein- und Kleinstnehmer von der SPD-Wehrheit abgelehnt wird?

Im Namen des Rates schlägt der Stadtrat Scheiben die Verabsiedlung der Krankenhausverpflichtung vor, die einstimmig angenommen werden. Durch Sendung der Urteile — Schließung von zwei Stationen, Verkürzung des Personals (wie in kapitalistischen Unternehmungen d. h.) — beide von die Konkurrenzfähigkeit des Städtischen Krankenhauses. Im letzten Jahre habe die Stadt 50 000 Mark eingespart. Diese Ausführungen rufen den Oberbürgermeister Klippel auf den Plan (nicht Dr. Klost war es, Herr Klippel); Rücksicht auf die Konkurrenz sei der Triebfeder, sondern man sollte die Krankenhauspatienten gewinnen, die die Privatkliniken bevorzugen (ist das kein Konkurrenzkomplex?). Dann hilbert er, wie ein südliches Krankenhaus in jeder Hinsicht vorbildlich ostheilbar mache. Erwähnt auch noch, dass die Krankenhausärzte ihr möglichstes tun, die Patienten so schnell als möglich wieder herzustellen (Deutsch: schnell wieder gesund zu scheinen); Unternehmen interessieren, Kosteninteressen wahrgenommen, d. h.

Dennoch werden die Bildungspreise im Städtisch weiter gesteigert, nachdem bald die leistungsfähige Erziehung als wesentlich für die Stadtschule erachtet wird. Möglicher ist es auf Grund von Einschätzungen und Lohn- und Gehaltsabrechnung (was aber die GPD-Politik verschweigt) nicht.

Gegi — Magi?

Bei einem Einbürgerungsgesetz erlässt der Vorsteher (GPD), doch der Betreffende zwar ungern Geburt, aber, wie schon der Name legt, deutlich lämmig sei. (Die Nazis legen: raffieren, d. h.)

Ein Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion, der Unterstützung für die vom Unternehmen zwecklos abgesetzten Werkstätter fordert, findet bei der GPD-Wehrheit im Kollegium kein Verständnis und wird gegen unzureichende Stimmen abgelehnt. Der Vorsteher erlässt dabei, eine generelle Unterstützung sei nicht möglich (gewiss fügt doch die Stadträte wieder eine ironische Strophe hinzu). Auch möchten die Gewerkschaften beim Eingreifen dieser Art in Wirtschaftsangelegenheiten Went (GPD) entgegen Dr. Klost (bürgerlich), doch nicht Zuhören des Hebel gut beobachten der Wirtschaftspolitik sein können, aber... diesen Krieg müsste er ablehnen.

Die Einstellung der Gewerkschaften, wie vom Vorsteher geprägt, ist uns verständlich, denn durch Sicherung der Kampffront würde den reformistischen Führern die Arbeiterschaft entgleiten. Aber entgleist doch sich bei diesem Krieg wiederum die Stellung der „Arbeiterverteidigung“ im Freitaler Stadtparlament.

Früher war das Wort „Solidarität“ ein Hauptwort, jetzt ist es aus dem Sprachdruck des SPD ganz verschwunden.

Für die gekämpften Werttätigkeiten kommt nun die kommunistische Partei und die RPD als Interessensvertretung und Bürgerlich in jedem Kampfe in Frage. (UR 251)

Ein Jahr GPD-„Arbeiterpolitik“ in Freital.

Nur die RPD kämpft für die Werttätigten

Freital. Zu Beginn der Sitzung am 22. Januar gab der SPD-Vorsteher einen Rückblick auf das Jahr 1930, bei einer Verhöhnung der Freitaler Arbeiterschaft bestellt. Auf das ganze „Schicksal“ eingegangen, ist der Platz zu knapp, die Deuter-

Öffentliche Schulverfilmung

heute Mittwoch, den 28. 1. 20 Uhr, im „Deutschen Haus“, Großehalder Straße. Thema: „Der Schallfilmkino an den Dresdner Schulen“. Referent: Stadtrat Paul Schwarze.

Schönze zu klären; aber das Nachstehende wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

Vorweggenommen sei, dass in Freital die GPD von 24 Menschen 21 hat, also die absolute Mehrheit besitzt.

In dem Rückblick behauptet es, dass der Oberbürgermeister es dem neuen Kollegium Anfang 1930 zur Würde mache, sich nur auf die Erfüllung zwangsläufiger Aufgaben zu befrachten um nicht die bisher in geordneten Rahmen gehaltene Finanzwirtschaft und die Arbeitwirtschaft Freitals zu gefährden! Ferner, dass es sich dabei nicht umgehen ließ, auch der Einwohnerkampf gewisse Opfer zuzunehmen — Aufhebung der kostspieligen Totenbestattung, Erhöhung von Schulgeld, Schließung der Schimmballe — sei eine bedauerliche Tatsache, für die aber die Mehrheit der Bevölkerung im Sinne der Zeit Verständnis gefunden haben dürfte". (Weit geschieht!) Dafür macht das Verhältnis bei den Arbeitern immer mehr därfit, das die SPD beim Arbeiterverteidigung vertreibt. D. h.

Die Mehrheit des Kollegiums (die GPD, d. h.) „wurde“ nach entschieden, einen Einsatz anzunehmen, der wesentliche Bedürfnisse der verschiedenen Produktionsstufen unberücksichtigt, sich vorrangig den Fehlern gegenüber nicht „angefreit“ (?) zu dienen."

Der gute Wille, allen Notleidenden unserer Stadt (außer den Stahlgeologen! d. h.) ausreichend zu helfen, möchte natürlich an der harten Tatsache, dass die Mittel zur Stütze zu wirtschaftlichen Hilfemaßnahmen zu gering waren." (Eher für die Stahlhütte 1 Million! d. h.)

Die Schritte der Guktholmwerke rauschen wieder. (Wo kein Profi, rauscht auch kein Schornstein, d. h.) Fast leidlich haben und angestellte haben von neuem Lohn und Preis gefunden." (Eine bittere, teuer erfasste! d. h.)

Ja, leidet diese durch die Not zum Arbeiteten unter Tarif mit Hilfe der SPD in die Stahlhütte gerissenen Arbeitern und Angestellten verdächtigt man noch hinterher, nachdem dieses Schornsteinen gelungen, folgendermaßen: „Sie (die Arbeitern, d. h.) leidet haben durch Opfer die Wirtschaftsbetriebsweise des Werkes mit herbeiführen helfen, woraus deutlich ihre Verlangen zu er-

sehen ist, sich unter allen Umständen ihren alten Arbeitsplatz zu erhalten.“

Folgenden Satz unterstellt die Freitaler Volkszeitung: „Die SPD, die in dieser Zwangslage der Stadt auftreten werden möchte (Zwang nach Kapital? d. h.) ist groß und wird auf Jahre wie ein schwerer Trip auf jeden Haushaltplan drücken und die Bewegungsfreiheit des Stadt beeinträchtigen.“ (Aber was ist man nicht alles, um jedoch unantastbarer Wert der kapitalistischen Wirtschaft zu erhalten! d. h.) Weiter zu derselben Frage: „Die von Jugend (?) Verantwortungserfüllt erlässt“ Entscheidung hat die Billigung des weitaus größten Teiles der Bevölkerung und auch die Zustimmung der Bevölkerungsbehörde gefunden.“

Der Ton der Bürgerlichkeit läuft nicht aus. Der Stadtratsvorsitzende Ströder spricht dem Vorsteher für die lokale Wirtschaftsförderung Leinen nach den Zeilen der Bürgerlichen Arbeiterschaft aus. Und so feilen auch die Gewerkschaften zum Vollblut aus: Stadtratsvorsitzender der „lokalen“ Werke (GPD), 1. Stellvertreter Ströder (bürgerlich), 2. Stellvertreter Koch (SPD), 1. Schriftführer Kunkel (SPD), 2. Schriftführer Zimmermann (bürgerlich). Also bei einander SPD-Vorsteher Bürgerliche im Vollblut!

Die RPD-Fraktion erlässt, dass sie ihre Stimmen nicht einer Partei wie der SPD geben könne, die kostspielig und somit arbeiterfeindlich ist, was sie in allen Fragen bewiesen habe, und fügt hinzu den Genossen dar vor.

Die Sitzung wie der Bericht beweisen, dass die GPD, die so auch in Freital „links“ nennt, an ihrem arbeiterfeindlichen Kurs unter Führung des großen Kommunisten Kämpf festhält.

Der Kämpf mit der Deutschen Volkspartei als einzmal mit den Kommunisten!

Die Lösung, die durch die GPD 1930 im Sächsischen Rangking aufgestellt wurde, ist die Maßnahme für die Gewerkschaften der GPD, die hier in Freital die absolute Mehrheit besitzt.

Ihre Gewaltspolitik ist gegen die Werttätigten gerichtet. Es gibt keine Frage, bei der die Interessen der Arbeiter von diesen „hinter hielten“ nicht mit Füßen getreten würden. Gleichzeitig, um was für Fortschritte es geht und was Herr Kämpf auch im Interesse der Balancierung des Haushaltplanes an Kostmaßnahmen gegen die Arbeiter vorstellt, die GPD ist immer bei der Partei und findet kein eine Begründung für ihre Schonheitsstreiche. Nach dieser Balancierung des Haushs fragt aber Herr Kämpf dann nicht, wenn es sich um Millionen für die Schonheitsstreiche handelt. Hier ist immer Geld vorhanden. Herr Kämpf führt seine Sparmaßnahmen durch, um für die Kapitalisten Millionen hinzugeben. Was flaniert ihn die Sonnen bei Freital? Die Arbeitern müssen ruhig den Oberster der GPD-Militärf schreien und Gott sei dank mit der GPD. Die GPD steht durch ihre Politik dem Polizeipräsidenten bei.

Werttätig! Kämpf endet ein in die antisemitische Gesetz Werttätig! Mitglieder der RPD! (UR 252)



KREITER INDIANER
Rein Übersee-Zigarre und doch nur 12,-

Mit kühlem Entschluss senken wir die Preise auf dem Zigarettenmarkt.

Wir sind deshalb von anders interessanter Seite scharf angegriffen worden.

Der deutsche Raucher blickt auf uns. Nachdem er einmal keine Übersee-Zigarren für 12 Pf. kaufen konnte, erwartet er, dass dieser Zustand für ihn dauernd ist.

In unseren Lagern und im Auslande liegen viele Ballen Tabak, die uns gehören.

Ständig vergrößert sich unser Maschinenpark.

Unbeirrt, ob wir der Konkurrenz erwünscht sind oder nicht, versorgen wir die Raucher mit unseren stürmisch verlangten Qualitäts-Zigaretten.

Rund um den Erdball

Immer noch vergebliche Mördersuche in Berlin

Wer war der Passagier des ermordeten Chauffeurs?

Taxichauffeure werden vernommen — Der Greisenmörder ist Urtiss — Neue Spuren im Kinomord

Die zur Stunde war es noch nicht möglich, den Täter des Verbrechens an dem Berliner Taxichauffeur Bonis, dessen Ermordung wir gestern meldeten, aufzufinden zu machen. Bloßher steht lediglich fest, daß man in seinen Kleidern die Brieftafel nicht fand, die er ständig bei sich trug und in der er Ausweispapiere und seinen Führerschein aufzubewahren pflegte.

Zur Zeit sucht die Kriminalpolizei den Führer einer Opel Limousine, die kurz vor 23 Uhr in der Unglücksnacht hinter Bonis' Auto gehalten hat. Die Vernehmung eines Taxichauffeurs, der Bonis in der Nähe des Untergrundbahnhofes Potsdamer Platz, will genau beobachtet haben, daß er mit leerem Wagen fuhr, denn die Freitische brannten gelb. Seitdem Man vermutet nun, daß Bonis in das Villenviertel Dahlem gefahren ist, um vor irgendinem beleuchteten Hause zu halten. Es wurde festgestellt, daß dies seine Gewohnheit war, da er momentan an Sonntagnachmittag auf das Ende von Boulevards marxierte. Es ist also möglich, daß er auf diese Weise einen oder mehrere Fahrgäste bestohlen. Aber wer?

Die Suche nach dem Greisenmörder

Auch die Nachforschungen zur Aufklärung des Mordes an dem 80jährigen Sozialen Jacob Friedenthal haben noch kein positives Ergebnis gebracht. Außerdem glaubt die Polizei Beweise dafür zu haben, daß der Täter über die Täterin innerhalb einer Tanzgruppe zu jüden sind, die Gedanken in kleinen Provinzhäusern gehabt und sich zur Zeit des Mordes im Osten von Berlin im Engagement befand. Als Mörder stehen daher ein 25jähriger Tänzer Blasche und zwei junge Tänzerinnen namens Gina und Tessa in Verdacht.

Zum Augenblick besteht man den vorsitzlichen Vorstand der Tanzgruppe ausdrücklich zu machen. Letztlich soll der ermordete Friedenthal vor Jahren enge Beziehungen zu einer der Tänzerinnen unterhalten haben, die sich später der Tanzgruppe Blasche anschloß. Diese Tatsache ist für die Polizei bestätigt, kommt anderweitig anzunehmen, daß der Greis einen Mordüberfall zum Opfer fiel, sondern daß Motiv des Verbrechens aller Wahrscheinlichkeit nach Rache oder sogar Eifersucht (F. M.).

Der Kinomord, ein kriminalistisches Rätsel

Der Mord an dem Neustädter Geschäftsführer Eugeniusz vom Mercedes-Baustoff wird ähnlich geheimnisvoller. Immer neue Spuren tauchen auf, die sich regelmäßig bei nächster Nachprüfung als falsig erweisen. Nach wie vor hat die Kriminalpolizei in

den letzten Jahren vor einem derartig verwochenen Verbrechen gehandelt. Die von uns von allem Anfang an entdeckten beispiellose Anzahl der Kriminalpolizei, die den Mörder mit verdecktem Eifer in den Kreisen der Kinogehälften suchen wollte, ist jetzt auch von den Nachleute glücklich fallen gelassen worden. Man sucht den Täter nun mehr in den Kreisen, in denen der Greisende sein mächtliches Doppeltes führt.

Allz drei Morde innerhalb einer Woche in Berlin! Gibt es übergreifende Beweise dafür, daß die herrenhafte, unerträgliche Makellosigkeit die zur Verweilung gebrachten Menschen auf die Bahn des Verbrechens schleudert? Drei Morde in dem kurzen Zeitraum einer Woche. Und kein Täter bisher gefasst!

„Die Polizei Tag und Nacht auf der Mordwache!“ „Kriminalkommissare I. und II seit Tagen nicht aus dem Kleider!“ „Der Kriminalpolizei gelingt es, neue Spuren zu entdecken.“ So läuten die Schlagzeilen der bürgerlichen Sensationsblätter. Doch über die wirklichen Ursachen dieser blutigen Verbrechen schweigt sich die bürgerliche Pressekanaille aus. Sie muß schwärmen, verteidigt sie doch auf Tod und Leben dieses verzottete, durch und durch verloutete kapitalistische System, also diesen Räuberbuben der furchtbaren Verbrechen.

Postautobus bei Eberswalde verunglückt



Am Sonntag abend fuhr ein Postautobus der Linie Tielensee-Eberswalde mehrere Chausseesteine um, kippte die Böschung hinab und kippte um. Von den 32 Insassen wurden 9 mehr oder weniger schwer verletzt, während zahlreiche weitere Fahrgäste leichtere Verletzungen erlitten.

Furchtbarer Orkan an der Spanischen Küste

Drei Dampfer in hellen Flammen

Dreizehn Seelente gefoltert — vier schwer verletzt

Madrid, 27. Januar. Gefährliche Stürme verwüsteten in den letzten Tagen an der spanischen Küste mehrere folgenschwere Schiffskatastrophen. Am Montag wurde ein spanischer Dampfer, der mit Karbid von Barcelona nach St. Sebastian unterwegs war, durch den Sturm auf eine Alippe geworfen und erhielt ein riesengroches Loch. Zwei Flüchtdampfer, durch SOS-Rufe alarmiert, eilten an die Unglücksstelle, nahmen das Schiff in Schleppzug und brachten es nach Santander — Strand, um eine Umladung vorzunehmen.

Bei der Umladung nun ereignete sich plötzlich das furcht-

bare Unglück. Um bei der Arbeit in der tiefen Dunkelheit Licht zu haben, wurden Petroleumkerzen benutzt, dabei fiel plötzlich ein Funke der Fackel auf die Karbidladung und entzündete eine furchtbare Explosion.

Zum Zeitpunkt von wenigen Sekunden stand der Dampfer in hellen Flammen. Mit rasanten Geschwindigkeit breitete sich das Feuer auch auf die beiden Hilfsdampfer aus, die bereits einen großen Teil der gefährlichen Schiffsladung übernommen hatten. Die Folge waren zwei weitere Explosions. Von den drei Dampfern blieben nur noch Wracks übrig. Von der Beladung gelang es nur einem Teil, sich in Sicherheit zu bringen. Dreizehn Seeleute wurden getötet, vier schwer verletzt.

Eisenbahnunglück an der holländischen Grenze

Drei Todesopfer — acht Verletzte

In unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Groningen an der holländischen Grenze fuhr am Montag abend ein deutscher Personenzug auf einen Güterzug auf. Mehrere Wagen des Personenzuges wurden ineinandergerissen. Drei Reisende wurden getötet, zwei schwer, sechs leicht verletzt.

Die Rettungsarbeiten gehalteten sich außergewöhnlich schwierig, da die Toten und die Verletzten buchstäblich aus den Trümmerstücken der ineinandergerissenen Waggons herausgezogen werden mussten. Als Ursache des Zusammenstoßes wird fallige Weichenstellung und ein unrichtiges Signal bezeichnet.

Straßenbahn rammt ein Haus



In der amerikanischen Stadt Pittsburgh sprang ein Straßenbahnwagen aus den Schienen, verlor die Hälfte seines Fahrgerüstes — vorn links — raste dann gegen ein Haus und drückte dessen Front ein. Durch das einstürzende Mauerwerk wurde eine Frau und ihre vier Kinder, die in dem betroffenen Raum schliefen, erheblich verletzt.

„Löhne runter oder ihr kriegt die Papiere!“



Die Prolithyken des größten österreichischen Industriebetriebes, also der Alpinen Montangesellschaft in Donawitz in der Steiermark — unser Bild — versuchen gleichfalls, wie ihre deutschen Aufbeiter-Kollegen, die ungeheure Krise auf Kosten ihrer Arbeiter zu überwinden. Ihre vor kurzem herausgegebene Parole: „Die Löhne herunter oder wir schließen unsere Betriebe!“ hat in ganz Österreich, insbesondere bei der Arbeiterschaft, die größte Empörung ausgelöst.

Hafenstadt in Flammen

Stadt in Kolumbien vollkommen eingedämmert

Bogotá, 27. Januar. Ein Großfeuer, das bis mit zehn Stunden Geschwindigkeit ausbreitet, zerstörte die an der Regenfluss Seite gelegene Hafenstadt in Kolumbien Buenaventura vollständig.

Das Feuerfeste brach in den frühen Morgenstunden aus und erfaßte beginnend durch den gerade herrschenden Sturm die ganze Stadt. Die an dem Hafen gelegenen Häuser waren im allgemeinen Feuer ein Raub der Flammen. Die gewaltige Höhe des Feuers machte die Rettungsarbeiten hart. Ob Menschenleben dabei umgekommen sind, wird bis zur Stunde noch nicht gemeldet.

Wappenscheinlied verbrüht

Ein Mann der neuen Waffenkette bei seinem explodierten Dampfessel eines Schlechters, der einen kleinen Arbeitsschiffchen auf dem Wasser geführt, starb.

Ich verbrenne auf. Es wurde im brennenden Boden ins Krankenhaus geschafft. Wäre die Explosion nur einige Minuten später erfolgt, so wäre unablässiges Unheil angerichtet worden, denn dann hätten sich sämtliche Arbeiter an ihrem Arbeitsstelle befinden.

Raubmord in Dortmund

An dem 40jährigen Händler Spieg wurde in Dortmund ein Raubmord verübt. Er wurde durch Messerstiche in den Rücken getötet. Die Täter vermautet man in den Kreisen seiner Kunden.

Seinen eigenen Vater ermordet

Der pensionierte Eisenbahner Gottfried Hebler wurde in seinem Hause, im Dorf Görsig am Schmiedelosee erschossen aufgefunden. Der 50jährige Gottfried wurde durch den Täter abgeschossen. Der Sohn des Ermordeten aus erster Ehe wurde als der Tat verdächtig verhaftet. Die Waffe, ein Militärgewehr, Modell 98, wurde unter dem Boden versteckt aufgefunden.

Redner mit dem reaktionären Schied-Etat!

250
Genosse Weßner redet ab / Wedel erhält seien-
welle Ordnungsrufe gegen Kommunisten
25. Beitragsfaltung

Dresden, den 27. Januar 1931.
Die heutige Kontrahierung, die bei Belastung des Etats diente, wurde von Wedel mit Ordnungsrufen gegen den Vertreter der kommunistischen Fraktion eingeleitet. Als Studenten kamen, der Redner der Nazis das Wort ergriff, übernahm der Nazipräsident Kuno das Präsidiun und leitete seine bis begonnene Arbeit von Wedel fort, in dem er nun die Ordnungsrufe gegen die Kommunisten erließ. Vorher kam es noch zu einer Auseinandersetzung der Nazis, die ihren schwindenden Einfluss draußen im Lande durch eine verzweigte Parlamentskönigskette weiterzuverfolgen. Die Rede Siebmachers bestätigte sie mit Zusicherungen und führte damit den gewollten Zuschlag Dönniges herbei.

Der nachfolgende vollsparsame Redner Bünger ließ übrigens keinen Zweifel über die vom Genossen Weßner begleitete Charakteristik des Landtages. Zunächst erklärte er: „In dem Etat wird nicht gerüttelt. Gleichgültig, was von den Parteien beantragt wird; denn die Regierung Schied kann sowieso nicht abgelehnt werden und wir wünschen ihr ein langes Leben.“

Erst der Genosse Weßner, als Vertreter der kommunistischen Fraktion,

beleuchtete in lauter Wörtern den wahren Charakter des vorliegenden Haushaltplanes und das Verhalten der Parteien ihm gegenüber. Dieses zimmerliche Parlament hat sowieso nichts mehr zu sagen. Das wahre bürgerliche beseitigende Parlament seien die Tagungen der Industriellen, die Direktionszimmer der Banken und Industriekonzerne. Der Landtag besteht über einen Etat, der bereits vor Wochen 10 Millionen RM für die Winterbeihilfe für die Erwerbslosen bezieht, ohne daß die Schiedregierung daran denkt, sie auszugeben. So wird es mit allen Entscheidungen gehen, die leicht, wenn sie angenommen würden, im Interesse der werktäglichen Rollen lägen. Man verliert hier Worte über Arbeitsbeschaffung. Aber

die Arbeitsbeschaffungspolitik von Regierung und Reichstag ist in Wahrheit die Politik der Nietenabschaffung für die Unternehmer.

Wenn im Etat ein Votum für die Finanzierung der Betriebsräte da sein wird, so lehnen wir diese Herausgabe ab, weil heute eine solche Schule der reformistischen Bürokratie ein Organ zur Durchsetzung der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmen, statt des Kampfes gegen die kapitalistische Lohnrauber ist. Im Etat sind wiederum unerhörte Mittel für den Polizeireich eingesetzt. In Dresden-Nord soll ein Kraftwerk ausgebaut, die Vermögensabgabe der stillgelegten Hartmannwerke für politische Zwecke ausgenutzt werden.

Der Radikale Bürgerkriegsapparat soll durch die Beschaffung des Staates die unzureichenden finanziellen Mittel erhalten.

Als der Genosse Weßner den stellvertretenen Kompräsent gegen den Reichstagsaus als das Parlament der revolutionären Tat beim Sitzung der Schied-Regierung entgegnete und nachdrückt,

Entschließung auf Namen der Abgeordneten der Bürgerlichen Partei unter den von der NSDAP bestellten. Entzweit die NSDAP-Bürokratie Wenzel zu Sellen, hofft es Ordnungsrufe. Der Sozialdemokrat Wedel führt sich als Geharn als Verteidigung des bürgerlichen Scheinparlaments.

Die Berichtung in der Hitler-Partei

Solothurn, 27. Januar. (Eigene Erzählung.)
Im Solothurner Büro der NSDAP spielen sich Ereignisse ab, die zeigen, in welcher schweren Krise sich die NSDAP befindet. Der Gauleiter und Reichsbundesgeschworene Süßler wurde von Hitler abgelehnt. Statt dessen kam ein Sondergesuchschreiber unter Jeschke auf diesen Posten, der aber mit nur mildem Protest in Solothurn empfangen wurde. Auf dem Rückmarsch verzweigte man ihm nicht den Zugtritt. Eine Reihe Beamte lehnten den neuen Gauleiter Jeschke ab, so daß die Auflösung der Ortsgruppe Solothurn drohte und andere Ortsgruppen angekündigt wurde. Es kommt zu reichen, daß die Differenzen im Gesamtbund ein weit größeres Ausmaß erreichten.

NSDAP-Betriebsrat erklärt seinen Eintritt in die RGO

Dortmunder, den 28. Januar.
In der von der RGO einberufenen Betriebsversammlung des Dortmunder NSDAP-Betriebes erklärte der aus der NSDAP-Partei ausgetretene Betriebsrat Kühnau in seinem Eintritt in die RGO. Wörtlich begründete der bisher von den nationalsozialistischen Betriebsräten erzeugte Arbeitgeber seine Eintritt wie folgt: „Wir müssen die Einheitsfront aller Arbeitgeber herstellen. Die RGO will diese Einheitsfront der deutschen Arbeitnehmer schaffen. Ich werde alles daran legen, die Belegschaft zu mobilisieren.“

Arbeitertorholtbunden im DRG Greifswald

Greifswald, den 28. Januar 1931, 18.30 Uhr, im Arbeitsamt „Elte Volt“. Denken. „Wer geht, Ortsguppe, jede überparteiliche Organisation, auch die Roten Sportler müssen Arbeitertorholtbunden und Berichterstatter einnehmen. Ein Mitglied der Retholten der „Arbeitsstimme“ ist anzusehen.“

Zahn-Praxis Mewald

10 Jahre Garantie auf Zahnersatz!

Goldkronen (20 Karat) 20 Mk.
Plattenloser Zahnersatz unter Garantie

Ammonstr. 4 am Hauptbahnhof
Sprechst. 6-7, Sonntage 8-12 Tel. 20.000
Vorzeigen dieses Anzeiges bei Beratungstermin, Preis:

20 Pfennig vom Geb.

20 Pfennig vom Geb.